

nr. 4 – juni 2014

ecke müllerstraße

[Seite 3/4](#): Neue Planung für den Zeppelinplatz [Seite 6](#): Gesetz zum Verbot von Zweckentfremdung
[Seite 8](#): Business Improvement mit BIG? [Seite 11](#): Enfin – Centre Français mit Veranstaltungssaal



Zeitung für das »Aktive Zentrum« und Sanierungsgebiet Müllerstraße. Erscheint achtmal im Jahr kostenlos.
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung

Bilderrätsel: Gewinner gesucht!



Welche Ecke?

Wo hat unser Fotograf dieses Foto aufgenommen? Wer es weiß, schicke die Lösung bitte mit genauer Absenderadresse an die Redaktion: ecke müllerstraße, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin oder per Mail an: eckemueller@gmx.net. Unter den Einsendern verlosen wir das Magazin »Der Wedding«. Einsendeschluss ist Montag, der 30. Juni. Unsere letzte Rätselrunde zeigte den Garnisonsfriedhof in der Turiner Straße. Wir danken den zahlreichen Teilnehmern! Gewinner ist diesmal Ole Hitzemann. Herzlichen Glückwunsch!
Der Preis wird Ihnen zugesandt.

Der Reiche teilt mit den Armen

Für das Iftar-Fest am 16. Juli auf dem Leo werden noch Spender gesucht

Im Juni beginnt wieder der islamische Fastenmonat Ramadan. Für viele Weddinger ist das ein besonderer Zeitabschnitt. Tagsüber fasten sie. Wenn die Sonne untergegangen ist, brechen sie das Fasten und speisen mit ihren Verwandten, Freunden und Nachbarn. Dabei teilen sie freigiebig mit denen, die nicht so viel haben.

Auch in diesem Jahr wieder wird ein Iftar wieder öffentlich auf dem Leopoldplatz begangen: am Mittwoch, dem 16. Juli auf dem Leopoldplatz vor der Alten Nazarethkirche, inzwischen im dritten Jahr in Folge. Schirmherr des Festes ist Dr. Christian Hanke, der Bezirksbürgermeister von Mitte. »Gute Nachbarschaft und ein friedliches Miteinander sind möglich, wenn Menschen miteinander sprechen. Wir wünschen uns daher, dass auch viele nicht-muslimische Nachbarn Gäste des Iftars sind«, betont der Initiator des Festes, Hüseyin Ünlü, Mitbegründer des Runden Tisches Leopoldplatz und Betreiber des Café Leo.

Um welche Uhrzeit die Feierlichkeiten beginnen, stand bei Redaktionsschluss noch nicht

fest, auf jeden Fall aber deutlich vor Sonnenuntergang: Dann werden kulturelle Darbietungen gezeigt und auch das ein oder andere feierliche Wort gesprochen. Da im Juli die Sonne erst nach halb zehn untergeht, wird das Fest mit einer Sondergenehmigung vermutlich bis 23 Uhr andauern – die Anwohner des Leopoldplatzes werden um Verständnis gebeten.

Wer am gemeinsamen Essen nach Sonnenuntergang teilnehmen will, ist angehalten, sich anzumelden, da die Teilnehmerzahl aus organisatorischen und finanziellen Gründen begrenzt ist. Zudem werden noch weitere Spender gesucht, die dieses Fest der guten Nachbarschaft erst ermöglichen. Die Spende ist steuerlich absetzbar, das Spendenkonto lautet:

Empfänger: Kulturen im Kiez e.V.
IBAN: DE23 1007 0024 0253 6357 04
BIC: DEUTDE33
Kontakt: cafeamleo@yahoo.de

Termine

Runder Tisch Leopoldplatz

Dienstag, 24. Juni, 19 Uhr, Volkshochschule Wedding, Antonstraße 37, Raum 302

Händlerfrühstück des Geschäftsstraßenmanagements

Mittwoch, 2. Juli, 7:30 Uhr, Ort bitte beim Geschäftsstraßenmanagement Müllerstraße erfragen

Sitzung der Stadtteilvertretung Müllerstraße

Donnerstag, 3. Juli, 19 Uhr, Volkshochschule Wedding, Antonstraße 37, Raum 302
Sprechstunde der Stadtteilvertretung
Jeder 1. und 3. Montag im Monat von 18–20 Uhr im Vor-Ort-Büro Triftstraße 2

Ausstellung der Entwürfe für den Zeppelinplatz

16. bis 27. Juni, Cittipoint, Müllerstraße 141,
Offizielle Eröffnung: 17. Juni, 17 Uhr

Eröffnung der Open-Air-Kunstaktion »Das blaue Band«

Mittwoch, 11. Juni, 11. Juni Uhr, Rathausplatz

ecke im Netz: Im Internet findet man alle bisher erschienenen Ausgaben der »Ecke Müllerstraße« unter www.muellerstrasse-aktiv.de/zeitung-ecke-muellerstrasse

Nächster Redaktionsschluss:

Montag, 23. Juni

Impressum

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Abteilung Stadtentwicklung

Redaktion: Christof Schaffelder,

Ulrike Steglich

Redaktionsadresse:

»Ecke Müllerstraße«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin

Tel (030) 44 01 06 05, eckemueller@gmx.net

Fotos: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de
Tanja Schnitzler, tanjaschnitzler@yahoo.de

Entwurf und Gestaltung:

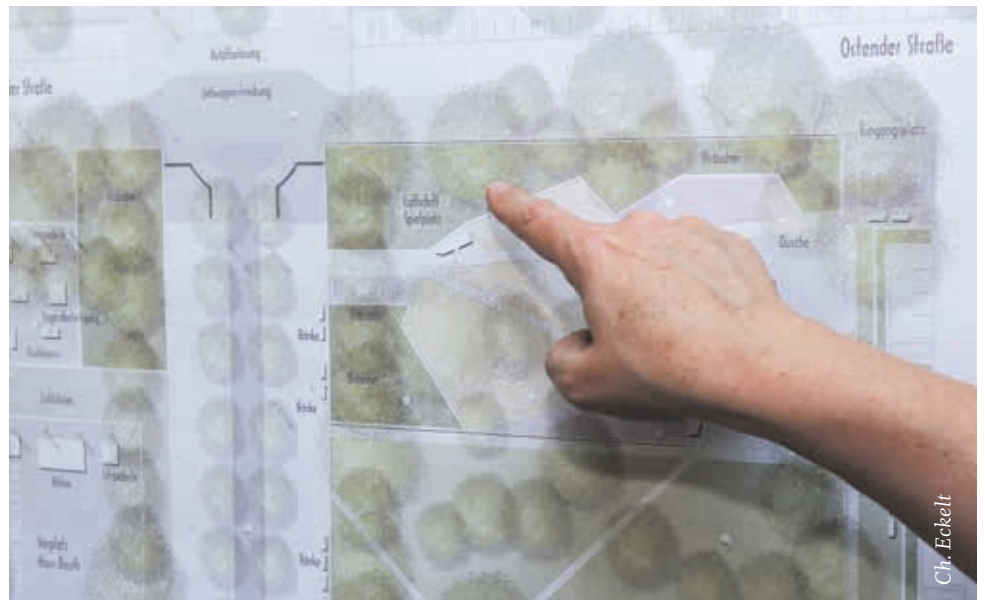
capa, Anke Fesel, www.capadesign.de,
Sebastian Fessel

Druck: Henke Druck,
info@henkepressdruck.de

V.i.S.d.P.: Ulrike Steglich

Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Ein Plan für den neuen Zeppelinplatz



Die Entscheidung ist gefallen. Die Umgestaltung des Zeppelinplatzes und der Limburger Straße wird vom Planungsbüro Birgit Teichmann konzipiert. Darauf verständigte sich am 19. Mai ein Gutachtergremium, an dem auch Vertreter der Bürgerinitiative Brüsseler Kiez und der Stadtteilvertretung menschl. müller beteiligt waren. Mit fünf zu zwei Stimmen war das Votum recht eindeutig.

Auf einem Workshop am 9. April im Paul Gerhardt Stift hatten nahezu hundert Anwohnerinnen und Anwohner in einer Abstimmung zwar den Entwurf des Büros »gläser und dagenbach« favorisiert, das aber nur mit drei Stimmen Vorsprung. Nur wenig trennte die drei teilnehmenden Büros voneinander. Als drittes war das Büro »planung.freiraum« von Barbara Willecke angetreten. Alle drei hatten danach die Gelegenheit, ihre Pläne noch einmal zu überarbeiten und dabei die Eindrücke und Ergebnisse des Workshops einfließen zu lassen. Am überzeugendsten ist das wohl Birgit Teichmann und ihrem Team gelungen.

»Wir haben an unserem ursprünglichen Konzept noch einiges verändert«, erklärt die Berliner Landschaftsarchitektin, die den Zeppelinplatz schon aus ihrer Zeit als Studentin an der TFH kennt. »Zum Beispiel haben wir an der Straße Zeppelinplatz mehr Parkplätze eingeplant, weil das eindeutig so gewünscht wurde, auch die Fläche des Spielplatzes haben wir vergrößert. An der Promenade zwischen Park und Haus Bauwesen haben wir einen Bewegungsparcours hinzugefügt, am Campusplatz vor der Cafeteria der Hochschule einen Quellstein, aus dem Wasser fließt, was die Atmosphäre an dieser Stelle positiv beeinflusst. Das waren wirklich gute Anregungen!«

In seinen Grundzügen hat sich das Gestaltungskonzept allerdings erhalten: Der eigentliche Zeppelinplatz ist in drei Teile gegliedert: Der erste ist ein Verbindungsweg zwischen Hochschule und Antwerpener Straße mit einem asphaltierten Fahrradweg in der Mitte und breiten Wegflächen an den Rändern. Dann, westlich davon ein eher auf studentische Bedürfnisse ausgerichteter Teil vor dem »Haus Beuth«, wobei der jetzige Bolzplatz nach Süden zum Campus hin verlagert wird und somit die Anwohner der Ostender Straße vom Lärm entlastet werden. Vor dem künftig wieder als Eingang zu nutzendem Seitentor des Hochschulgebäudes entsteht ein Vorplatz mit Sitzpodesten und einer kleinen Bühne, nördlich davon ein Bereich für Jugendliche, der im Zuge der Jugendbeteiligung noch näher zu definieren ist. Östlich des Verbindungsweges, auf dem dritten und größten Teil des Geländes wird der Spielplatz erweitert: Hier werden die Details noch

geplant – am 22. Mai organisierte die Bürgerinitiative Brüsseler Kiez dazu eine »Platzbespielung«, wobei die zahlreichen Kinder nach ihren Prioritäten befragt wurden. Ganz oben stand dabei die Wiederinbetriebnahme der roten Wasserpumpe auf dem Spielplatz.

Den Hauptteil des neuen Zeppelinplatzes stellt eine große umzäunte Liegewiese unter den prächtigen Bäumen dar. Die wird von Wegen durchkreuzt, die die Eingangsbereiche miteinander verbinden. Auf ihr verstreut befinden sich »Sonnenpodeste« aus Holz, auf denen man auch bei feuchtem oder kühlem Wetter Platz nehmen kann. Nach Norden, zur Ostender Straße hin und im Westen zum Verbindungsweg ist im Gestaltungskonzept von Birgit Teichmann der Spielplatz weiterhin von Sträuchern abgeschirmt, zur Liegewiese hin jedoch nur durch ein Sitzpodest und einen Zaun. Auch die Eingangstore des Verbindungsweges werden auf beiden Seiten von breiten Strauchpflanzungen markiert – hier werden Vögel ausreichend Platz zum Nisten finden. Eher schmal ist der Strauchstreifen zur Straße Zeppelinplatz hin, zum Campus der Beuth-Hochschule hin grenzen dagegen lediglich der niedrige Zaun der Liegewiese und der hohe des Bolzplatzes den Zeppelinplatz ab. Der rückt auf diese Weise ein gutes Stück Richtung Hochschule.

Grüne Strauchinseln strukturieren auch den Platz vor der Cafeteria im Übergang zum Campus. Die Limburger Straße wird in dem Entwurf ab dem Abzweig der Straße Zeppelinplatz komplett zum Fußgänger- und Radfahrerbereich, deren westliches Ende mit Lichtstelen erhellt wird zum Campusplatz der Hochschule.

Natürlich fehlen auch Bänke nicht im Park: die sind vor allem am östlichen Rand des Verbindungsweges sowie entlang der Straße Zeppelinplatz geplant – da also, wo nachmittags die Chance auf Sonne am größten ist. Baumfällungen sind für die Neugestaltung nicht geplant, allerdings kann es sich natürlich immer noch herausstellen, dass einzelne Bäume nicht mehr standsicher sind und durch Neupflanzungen ersetzt werden müssen. Das Gestaltungskonzept wird im weiteren Jahresverlauf noch einmal auf den Prüfstand gestellt, verfeinert und detailliert bis voraussichtlich im Herbst 2015 mit den Bauarbeiten begonnen werden kann.

Alle drei Gestaltungskonzepte der beteiligten Büros sind im Internet im Download-Bereich von www.muellerstrasse-aktiv.de einsehbar. Zwischen 16. und 27. Juni kann man die dem Gutachtergremium vorgelegten überarbeiteten Entwürfe im Cittipoint besichtigen. Die Ausstellungseröffnung findet etwas verzögert am 17. Juni um 17 Uhr statt, dafür aber in Anwesenheit des zuständigen Bezirksstadtrates Carsten Spallek.

Da hat der Bezirk vieles richtig gemacht

Birgit Teichmann zur Bürgerbeteiligung am Zeppelinplatz und zur Vorbildrolle Berlins



Die Landschaftsarchitektin Birgit Teichmann plant die Umgestaltung des Zeppelinplatzes. Sie engagiert sich insbesondere für naturnahe Spielflächengestaltung und bezieht Kinder gerne aktiv auch in die Umsetzung ein.

Frau Teichmann, sie haben den Auftrag zur Neugestaltung des Zeppelinplatzes gewonnen. In Konkurrenz mit zwei anderen Büros haben sie ihre Ideen Anfang April auf einem Workshop vorgestellt und mit den Anwohnern diskutiert. Was halten Sie von dem Verfahren?

Ich bin ja als Landschaftsarchitektin schon lange im Geschäft, aber so etwas habe ich in dieser Form noch nicht erlebt. Das war einmalig, meistens kommen bei solchen Verfahren 10 bis 20 Anwohner, hier waren es hundert! Und das in einer sehr konstruktiven Atmosphäre, die Veranstaltung war ja politisch nicht aufgeladen. Da hat der Bezirk vieles richtig gemacht: die Bürger wurden von Anfang an einbezogen, schon in die Formulierung der Ziele. Die aktive, alteingesessene Bürgerinitiative und eine engagierte Stadtteilvertretung, der sichtbare Erfolg der Neugestaltung des Leopoldplatzes und die intensive Öffentlichkeitsarbeit im Gebiet haben wohl auch dazu beigetragen. Aber vor allem zeigt es, dass der Zeppelinplatz den Anwohnern am Herzen liegt: er ist ein Teil ihres Kiezes, den ich übrigens recht gut kenne. Ich habe schließlich an der TFH studiert und einige Zeit im afrikanischen Viertel gewohnt. Am Nordufer hatten wir lange Jahre unser Büro. Hier hat sich in letzter Zeit vieles sehr zum Positiven gewendet, es gibt eine Aufbruchstimmung, das merkt man sehr deutlich.

Die drei Büros wurden ja unter anderem deshalb ausgewählt, weil sie große Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung haben. Was ist der Vorteil von Bürgerbeteiligungsverfahren?

Wenn sie gut gemacht sind, führen sie dazu, dass die Plätze und Grünflächen nach der Umgestaltung viel schneller und besser angenommen werden. Lassen Sie mich das an einem anderen Beispiel erklären: Wir arbeiten ja auch viel an Schulen. Beispielsweise gestalten wir derzeit den Schulhof der Carl-Bolle-Grundschule in Moabit um, dabei beziehen wir die Schüler aktiv mit ein: nicht nur bei der Planung, sondern auch bei der Umsetzung der Baumaßnahmen. So sollen hier im Herbst die Kinder zum Beispiel die Mosaik- und Spielhütten selbst gestalten. Auch an der Wedding-Grundschule haben wir die Kinder an der Umgestaltung des Schulhofes 2005 aktiv beteiligt. Das wirkt sich später sehr positiv aus: die Schülerinnen und Schüler eignen sich die Schule als »unsere Schule« an und gehen entsprechend miteinander um. Das hilft dabei, die Schulkultur nachhaltig positiv zu prägen.

Bei der Wedding-Grundschule hat sich das offensichtlich ausgewirkt: bei der Schulinspektion 2012 erhielt sie jedenfalls absolute Bestnoten, auch im Bereich »Schulkultur«, obwohl sie ja definitiv in einem sozialen Brennpunkt liegt. Aber zurück zur Bürgerbeteiligung: Ihr Kollege Udo Dagenbach hat beim Workshop davon berichtet, wie neidisch man in Moskau auf die Bürgerbeteiligung in Berlin schaut. Hat unsere Stadt tatsächlich in dieser Hinsicht so einen guten Ruf?

Auf jeden Fall ist das so, Berlin ist hier international wegweisend. Ich engagiere mich persönlich, u. a. als Gründungsmitglied in der »International School Ground Alliance« ein Forum für naturnahe und nachhaltige Spielflächengestaltung, wir planen im Jahr 2017 eine internationale Konferenz in Berlin. Vor allem aus Nordamerika blicken viele ganz ungläubig zu uns. Dort hat sich die Spielflächengestaltung in eine ganz andere Richtung entwickelt als hierzulande. Alles steht unter dem Vorbehalt »Health & Safety«. Jegliches Risiko wird minimiert, damit die Betreiber bei Unfällen nicht in Haftung genommen werden können. Es gibt praktisch nur noch ebene Flächen und auch keinen Sand mehr, den sich Kinder in den Mund stecken könnten – wegen der Bakterien! Wir denken ganz anders. Naturnahe Spielräume heißt, dass da auch mal ein Baumstamm auf dem Spielplatz liegt, dass der Boden auch mal Wellen hat und der Spielraum insgesamt vielfältig ist. In Berlin befasst sich die Unfallkasse schon seit 20 Jahren mit dem Thema: für die Kinder kalkulierbare Risiken sind zulässig. Natürlich darf man keine Fallen einbauen, aber wenn ein Kind einmal vom Baumstamm fällt und sich die Haut aufscheuert, dann gehört das bei uns zur normalen Kindheit dazu: Es ist besser, wenn die Kinder diese Erfahrungen auf risikoarmen Spielplätzen machen als in Bereichen, wo es wirklich gefährlich ist! Und dass die Unfallkasse hier so mitwirkt, hat etwas mit der Kultur der Aneignung in dieser Stadt zu tun. Die ist in Berlin sehr ausgeprägt und hat hier eine große Tradition. Aus dem Westen kam die Hausbesetzerbewegung, aus dem Osten kamen die Runden Tische: Berlin ist in dieser Hinsicht einzigartig!

Das Interview führte Christof Schaffelder

Viewt public – beim Kleingastronomen!

Berlin hat Besseres zu bieten. Man muss sich nicht inmitten von Menschenmassen in den Großen Tiergarten quälen, um sich im Freien die Spiele der Fußball-Weltmeisterschaft anzuschauen. Es gibt (noch) zahlreiche Alternativen, meist schon um die Ecke im eigenen Kiez – dafür sorgt die überaus vielfältige Berliner Kleingastronomie.

Die Frage ist: Wie lange noch? Denn die schönsten Biergärten finden sich oft in Provisorien, eingerichtet in Baulücken, die die wachsende Stadt allerdings nach für nach verschlingt. Beim letzten Turnier war unser Lieblingsort zum Beispiel ein von türkischen Gastronomen betriebener WM-Garten inmitten einer Baustelle am Nordbahnhof. Dort war die Trauer über das Ausscheiden der deutschen Nationalmannschaft nur halb so groß, weil man den hier gestrandeten, sehr netten spanischen Touristen ihren Jubel überaus gönnte. Und weil unsere Söhne Trikots der spanischen Mannschaft trugen, war die spanisch-deutsche Kommunikation überaus beschwingt und simpatico.

Heute stehen an der Stelle dieses einst so launigen, provisorischen Ortes langweilige graue Bürogebäude.

Für diesjährige WM haben wir uns schon umgeschaut. In einer bestimmten Gegend von Mitte entdeckten wir einen netten kleinen Garten in einer Baulücke, der uns eine ähnlich sympathische Atmosphäre

verspricht wie damals. Wir freuen uns schon sehr und hoffen auf gutes Wetter. Der Biergarten muss allerdings am Ende dieses Jahres schließen, weil in dieser Berliner Ecke derzeit so ziemlich alles zugebaut wird, was noch irgendwie brachliegt. Auch die große »Tempelhofer Freiheit« wird daran nichts ändern – ganz im Gegenteil ...

Berlin erfindet sich ständig neu, sagt man. Es ist zu hoffen, dass das auch für solche Provisorien gilt. Aber die Zweifel überwiegen: es kann gut sein, dass diese WM die letzte ist, die man in der Berliner Innenstadt auf diese Art zelebrieren kann. Wobei – Vorsicht, jetzt wird es erst richtig pessimistisch – auch in diesem Jahr schon ein Damoklesschwert über dem kleingastronomischen Public Viewing hängt.

Schuld daran ist die Bundesregierung. Die hat nämlich verkündet, in diesem Jahr die Lärmschutzverordnung extra für die WM zu ändern und die Übertragung von Spielen, die bis 22 Uhr anfangen, im Freien generell zu erlauben. Vergessen hat sie dabei zu sagen, dass man trotzdem bei den lokalen Behörden eine Genehmigung beantragen muss. Das haben im Mitte gerade mal fünf Gastronomen (und die Fanmeile) getan. Die Antragsfrist ist leider bereits verstrichen, die Sache also eigentlich schon gelaufen. Auch unser Biergarten überträgt deshalb wahrscheinlich illegal, weshalb wir auch nicht verraten, wo er sich befindet.

Bleibt die Hoffnung auf die Toleranz und die Fußballfreude der Berliner. Die Polizei kommt nämlich nicht von selbst – bei Lärm muss sie schon einer alarmieren. Muss das sein? Zumindest wenn Deutschland spielt, wird man zudem wohl kaum auf Gegenliebe bei den Polizeibeamten stoßen, die ausrücken sollen – bloß um die Lärmquelle zu identifizieren und deren Betreiber in mahnenden Worten darüber zu informieren, dass er sich im »Erlaubnisirrtum« befindet. Vor allem, wenn im Zeitraum des erzwungenen polizeilichen Einsatzes womöglich ein entscheidendes Elfmeterschießen beginnt. Dann dürften Polizisten und Public Viewer gleichermaßen genervt sein.

Soziologen nennen sowas auch eine revolutionäre Situation. cs

Bildecke



Ch. Eckelt

Verbot der Zweckentfremdung

Das neue Gesetz soll Wohnraum wieder besser schützen

Seit Mai ist das Berliner »Gesetz über das Verbot von Zweckentfremdung von Wohnraum« in Kraft. Es soll dazu beitragen, den Berliner Wohnungsmarkt zu entlasten. Damit werden die unkontrollierte Umwandlung von Wohnraum zu Gewerberäumen, der langfristige Leerstand von Wohnraum sowie der ungenehmigte Abriss oder das »Unbenutzbarmachen von Wohnungen« verboten. Den größten Effekt soll das neue Gesetz beim Verbot von Ferienwohnungen haben – nach unterschiedlichen Schätzungen werden derzeit ca. 10.000 bis 25.000 Wohnungen in der Stadt als Touristenquartier zweckentfremdet.

Wenn die Eigentümer den Betrieb von Ferienwohnungen bis zum 1. September 2014 bei den Bezirksämtern offiziell melden, wird der weitere Betrieb noch bis zum 1. Mai 2016 gestattet. Wird er jedoch nicht angemeldet, müssen die Betreiber mit einem Bußgeld von bis zu 50.000 Euro pro Wohnung rechnen. Ferienwohnungen in ursprünglichen Gewerberäumen sind von dieser Regelung aber ausgenommen. Unter bestimmten Umständen kann die Zweckentfremdung genehmigt werden: wenn nämlich »vorrangige öffentliche Interessen oder schutzwürdige private Interessen« überwiegen. Das trifft zum Beispiel für Gästewohnungen von Wohnungsunternehmen, Gewerkschaften oder Universitäten zu. Auch soziale Einrichtungen oder die Unterbringung von schutzwürdigen Personen (Obdachlose, Flüchtlinge etc.) werden genehmigt.

Als schutzwürdige private Interessen definiert das Gesetz aber auch die »Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz«. Auch wenn der Wohnraum als solcher als »nicht erhaltungswürdig« eingestuft wird, kann eine Genehmigung erteilt werden – das wurde früher zum Beispiel bei sehr lärmbelasteten, dunklen oder extrem schlecht geschnittenen Wohnungen so gehandhabt. Ebenfalls ist die Genehmigung möglich, wenn der Wohnraumverlust durch Schaffung von Ersatzwohnraum ausgeglichen wird.

Eine Genehmigung kann allerdings mit der Auflage von Ausgleichszahlungen verbunden werden: bis zu 5 Euro pro Quadratmeter und Monat müssen dann abgeführt werden, das Geld soll zur Schaffung von neuem Wohnraum verwendet werden. Wenn Wohnungen mit Ge-

nehmigung abgerissen werden, kann eine einmalige Ausgleichszahlung bis zu 2.000 Euro pro Quadratmeter verlangt werden. Für die Genehmigung wird zudem eine Gebühr fällig.

Wer ein Gewerbe in seiner Wohnung betreibt oder diese beruflich benutzt, ist vom Gesetz nicht betroffen, falls die Wohnung noch überwiegend zu Wohnzwecken gebraucht wird. Künstler können also durchaus in ihrer Wohnung ein Atelier unterhalten, Berufstätige ein Arbeitszimmer. Auch wer bis zum 1. Mai 2014 eine ehemalige Wohnung gewerblich als Büro oder Praxis gemietet hat, ist vom Gesetz ausdrücklich ausgenommen. Selbst wenn der Gewerbemietvertrag ausläuft, kann man ihn neu abschließen: Bestandsschutz hat nach dem Gesetz nicht nur der Mietvertrag, sondern auch der Betrieb, der gemietet hat. Wenn allerdings die umgenutzte Wohnung nach Auszug des Gewerbemieters erneut gewerblich vermietet werden soll, benötigt der Vermieter dazu eine Genehmigung.

Als Zweckentfremdung gilt auch, wenn eine Wohnung länger als sechs Monate leer steht, sofern der Vermieter nicht nachweisen kann, dass er sich längere Zeit mit »geeigneter Bemühung« um die Wiedervermietung gekümmert hat. Bis zu zwölf Monaten darf die Wohnung leer stehen, wenn sie »zügig umgebaut, instandgesetzt oder modernisiert wird«. Diese Frist wird allerdings verlängert, wenn der Vermieter noch zivilrechtlich die Duldung von Modernisierungs- oder Instandsetzungsarbeiten einklagt: dann gilt sie bis zum Urteil oder »bis zum Abschluss der sich hieran anschließenden zügigen Baumaßnahmen.« cs

Kommentar

Jetzt doch keine Task-Force?

Bereits seit Anfang des Jahres ist sie im Gespräch: eine berlinweite »Task-Force« zur Umsetzung des Zweckentfremdungsverbot. Die Idee: Statt zwei bis drei Mitarbeiter in jedem einzelnen Berliner Bezirk soll eine zentrale Abteilung mit 34 Mitarbeitern bei einem Bezirk das neue Gesetz in der gesamten Stadt umsetzen. Stephan von Dassel, Stadtrat der Grünen in Mitte, hatte für diese Task-Force geworben, auch in einem Interview mit dieser Zeitung. Angesichts der Fülle zu bewältigender Aufgaben scheint der Vorschlag vernünftig: vor allem die Durchsetzung des Verbotes von Ferienwohnungen dürfte nämlich nicht einfach werden, liegen doch in Berlin keinerlei Erfahrungen in diesem Bereich vor. Man kann also nicht einfach die alten Ausführungsvorschriften aus den 90er Jahren hervorkramen, als ein Zweckentfremdungsverbot schon einmal bestand. Stattdessen muss man sie Schritt für Schritt neu erarbeiten – und wohl auch Prozess für Prozess, denn juristischer Widerstand ist schon angekündigt. Das gelingt besser mit einer geeinten größeren Truppe als in zwölf unabhängig voneinander agierenden winzigen Teams.

Von Dassel war mit seinem Vorschlag schon weit gekommen – die meisten Bezirke signalisierten Zustimmung. Doch nun fliegen ihm plötzlich Knüppel zwischen die Beine, sie kommen ausgerechnet aus dem Bezirksamt Mitte. Das findet jetzt die Idee gar nicht gut und spielt nicht mehr mit – zu großes Risiko, das Renommee könnte leiden, falls etwas schiefgeht. Die Große Koalition im Bezirk grätscht dabei allerdings auch die Große Koalition des Senats, die das Gesetz ja entwickelt hat. Denn durch die Mitte-Blockade gibt es nun erneut einen Zeitverzug bei der Umsetzung. Darüber werden sich jene Eigentümer freuen, die schnell eine Genehmigung für eine Zweckentfremdung beantragen, obwohl sie eigentlich keinerlei Chance auf diese hätten. Eine Ablehnung muss nämlich innerhalb von maximal 14 Wochen vom zuständigen Bezirksamt begründet werden – ansonsten gilt die Genehmigung als erteilt.

Christof Schaffelder





Mieter fürchten Repressalien

Ein Kiezspaziergang im Stephankiez

Beim zweiten Kiezspaziergang der Initiative »Runder Tisch gegen Gentrifizierung« führte Susanne Torka durch den Stephankiez im östlichen Moabit. Im Gespräch mit Anwohnern wurde deutlich: Wo es nötig ist, soll und muss saniert werden – aber bitte mit Maß.

Mehr als 40 Interessierte waren der Einladung zum Kiezspaziergang am 10. Mai gefolgt, darunter Anwohner aus dem Stephankiez und anderen Teilen Moabits, die Mieterinitiative »Palisaden-Panther« aus Friedrichshain und eine Stadtplanungsstudentin von der TU. Susanne Torka, die den Spaziergang moderierte, ist seit vielen Jahren Moabiter Kiezaktivistin, engagiert sich in unterschiedlichen Nachbarschaftsinitiativen, organisiert den »B-Laden« in der Lehrter Straße und auch das Internetportal »MoabitOnline«. Das Thema Gentrifizierung in ihrem Kiez beschäftigt die studierte Landschaftsplanerin seit Jahren. »Als die Lehrter Straße 2005 in den Blick ausländischer Investoren rückte, wollten wir herausfinden, wem Moabit eigentlich gehört. Wir wollten ermitteln, welche Häuser internationalen Fondsgesellschaften, Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaften oder Einzeleigentümern gehören, und möglichst viele Informationen zu den einzelnen Häusern sammeln.«

Der Spaziergang führt zunächst über die Perleberger Straße. Ein ziemlich trostloser Straßenzug – seit Jahren wird dort über Leerstand geklagt. In der Perleberger 13 steht ein gesamter Seitenflügel seit vielen Jahren leer. Beim Blick auf das Klingelschild fällt auf: An 13 Klingeln befinden sich keine Namen, sondern Aufkleber mit dem Hinweis »Leerstand«.

»Dort gibt es bislang nur Einfachglasfenster und keine Heizungen, teilweise auch noch Außenklos«, berichtet Susanne Torka. »Bei diesem Beispiel geht es nicht um Gentrifizierung im engeren Sinn. Doch wenn dringend benötigter Wohnraum über lange Zeit brach liegt, dann ist das ein Riesensproblem. Eigentümer können aber jetzt durch das neue Gesetz zum Zweckentfremdungsverbot dazu gezwungen werden, Wohnungen nicht länger als 6 Monate leer stehen zu lassen, sondern sie so herzurichten, dass dort auch wieder jemand einziehen kann.«

In der Stephanstraße bietet sich ein ganz anderes Bild als in der Perleberger. Die meisten Altbauten wurden hier bereits saniert, in Immo-

lienzanzeigen wird die Stephanstraße als neue Szenestraße gehandelt. »Auf der einen Seite steht dringend gebrauchter Wohnraum leer, an anderer Stelle wird oftmals unverhältnismäßig saniert. Die Stephanstraße 19 wurde von einer Immobiliengesellschaft entmietet und in Eigentum umgewandelt, Wohnungen wurden zusammengelegt. Um den Seitenflügel und das Hinterhaus irgendwie aufzupeppen, hat man Balkone angebaut. Vom Hof aus kann man erkennen, dass ein Balkon keinen Boden hat. Vielleicht ist ja noch ein Mieter geblieben, der sich gegen eine Erhöhung gewehrt hat«, vermutet Susanne Torka. Auf dem Rundgang berichteten auch Mieter über ihre Erfahrungen. Einige beobachten die Zunahme von Ferienwohnungen in ihrem Haus. Andere sind empört, dass dringend erforderliche Sanierungsmaßnahmen zwar angekündigt, oftmals aber gar nicht hinreichend durchgeführt werden.

Die ehemaligen Sozialbauten und der Nachkriegsbau an der Ecke Birkenstraße/Perleberger Straße wurden im Januar 2011 im Zuge einer Zwangsversteigerung zusammengelegt und verkauft. Im März erhielten die Mieter die Ankündigung einer umfangreichen Sanierung und anschließenden Mieterhöhung. Es gab Probleme mit Schimmel und maroden Balkonen. Die Bewohner organisierten sich, ein Mieter wehrte sich erfolgreich vor Gericht. Es geht um die fachgerechte Sanierung der Balkone. Die Entscheidung einer zweiten Klage steht noch aus.

»Oft scheuen sich die Mieter davor, gegen Investoren und Hausverwaltungen vorzugehen. Sie haben Angst vor Repressalien und Sanktionen«, sagt Susanne Torka. »Viele wissen nicht, dass zum Beispiel ein erweiterter Kündigungsschutz bei Umwandlung in Eigentumswohnungen besteht. Wenn ein Vermieter die Wohnung selbst nutzen will, also Eigenbedarf anmeldet, muss er bei bestehenden Mietverträgen zehn Jahre Kündigungsschutz einhalten – unabhängig davon, ob inzwischen ein Eigentümerwechsel stattgefunden hat. Es ist sehr wichtig, dass sich betroffene Mieter beraten lassen und sich untereinander gut vernetzen.«

Nathalie Dimmer

Weitere Informationen: <http://wem-gehoert-moabit.de/initiative/>

Was, bitte, ist ein BIG?

*Neuer Gesetzesentwurf zur Stärkung
von Geschäftsstraßen ist in Arbeit*

Dass sich die Gewerbelandschaft seit Jahren radikal verändert, merken nicht nur die Gewerbetreibenden selbst, sondern alle Stadtbewohner. Klassische Berliner Geschäftsstraßen sind im strukturellen Umbruch, kleinere Geschäfte haben mit der Konkurrenz von immer mehr Shopping Malls, großen Ketten oder dem Internethandel zu kämpfen. Auch deshalb wurde das Bund-Länder-Programm »Aktive Zentren« aufgelegt, um – z. B. mit der Etablierung von Geschäftsstraßenmanagements – die Gewerbetreibenden zu unterstützen und zu fördern. Das Problem: Bislang standen dafür nur »weiche Instrumente« zur Verfügung, und das heißt vor allem Kommunikation, beispielsweise die Beratung von Eigentümern und Gewerbetreibenden, Vermittlung, Vernetzungsangebote. Doch ohne das Eigenengagement und die Initiativen von Gewerbetreibenden und Eigentümern für die Geschäftsstraßen wird es nicht gehen.

Nun bereitet das Land Berlin einen Gesetzesentwurf vor, der dafür auch einen rechtlichen Rahmen bieten soll: u. a. nach Hamburger Vorbild, wo es seit Jahren das Instrument BID (»Business Improvement District«) gibt, wird das Berliner Abgeordnetenhaus demnächst ein Gesetz namens BIG verabschieden. BIG ist das Kürzel für das geplante »Berliner Gesetz zur Einführung von Immobilien- und Standortgemeinschaften«.

Wozu soll das gut sein?

Ziel ist es, die Gewerbetreibenden und Eigentümer in klassischen Geschäftsstraßen zu unterstützen, damit sie im Wettbewerb mit großen Shopping Malls bestehen können. Letztere bieten den dort angesiedelten Geschäften ein professionelles und zentrales Management und Werbung für den Standort.

Damit haben sie einen entscheidenden Vorteil gegenüber den Geschäftsstraßen in den historisch gewachsenen Zentren mit vielen kleinen Läden und Einzeleigentümern. Wenn diese ihren Standort stärken wollen, indem sie beispielsweise den öffentlichen Raum verbessern (durch neue Straßenbeleuchtung, Bepflanzung, Gehwegerneuerung, Fahrradständer) oder gemeinsame Marketing-Aktionen initiieren, waren sie bisher jedoch meist von der öffentlichen Hand, von Fördertöpfen und Stadtentwicklungsprogrammen abhängig.



Mit dem neuen Gesetz sollen nun gemeinsame, selbst initiierte und selbst finanzierte Aktionen engagierter Eigentümer und Gewerbetreibenden unterstützt werden. Im Grunde geht es darum, dass private Akteure Aufgaben übernehmen und finanzieren, die die öffentliche Hand nicht leisten kann oder will.

Wie funktioniert das BIG?

Findet sich in einem festgelegten Gebiet eine Gruppe von Eigentümern und Gewerbetreibenden zusammen, die gemeinsam konkrete kleinere oder größere Maßnahmen im öffentlichen Raum realisieren wollen – beispielsweise eine gemeinsame Weihnachtsbeleuchtung –, gibt es zunächst eine Abstimmung. Stimmen 15% aller Eigentümer im Gebiet dem Vorschlag zu, wird ein Antrag an das Bezirksamt gestellt, das dann die rechtliche Zulässigkeit und Genehmigungsfähigkeit prüft. Zu diesem Antrag gehören auch ein konkreter Finanzierungsplan und die Angabe eines Aufgabenträgers, der die Realisierung übernehmen soll, eine Firma beispielsweise.

Außerdem werden die Pläne einen Monat lang öffentlich zur Abstimmung ausgelegt. Gefragt ist dabei das Votum aller Anrainer. Der Hintergrund: Alle Eigentümer im Gebiet sollen die Maßnahme mitfinanzieren, da sie ja dem gesamten Gebiet zugute kommt und es attraktiver machen soll. Sprechen sich mehr als 30% der Eigentümer im Gebiet dagegen aus, hat sich die Sache erledigt. Erhält das Vorhaben aber überwiegend Zustimmung, kann es realisiert werden und alle Eigentümer sind dann verpflichtet, es mitzufinanzieren. Allerdings richten sich die Kosten für den Einzeleigentümer je nach Grundstückswert – kleinere Eigentümer zahlen weniger, größere entsprechend mehr. Davon ausgenommen sind Eigentümer von reinem Wohnraum und öffentliche Einrichtungen.

Michael Henkel, Vorsitzender des Grundbesitzervereins Spandau e.V. und Vorstandsmit-

glied der Gemeinschaft Haus & Grund Berlin, beschäftigt sich seit langem mit dem Thema und hat auch das Hamburger BID-Modell intensiv beobachtet. »Das Abstimmungsmodell 15% zu 30% mag auf den ersten Blick ungleichgewichtig erscheinen. Aber in der Praxis sieht es meist anders aus. In Hamburg geht kaum ein BID mit nur 15% Zustimmung in die Planung, und eine Zustimmung von über 50% ist nicht die Ausnahme. Der Vorteil ist, dass auf dieser gesetzlichen Grundlage auch größere Maßnahmen im öffentlichen Raum strukturiert geplant und durchgeführt werden können, ohne öffentliche Fördertöpfe beanspruchen zu müssen.«

Die Projekte und deren Durchführung sollen durch eine Lenkungsgruppe kontrolliert werden, in der u. a. Vertreter des Bezirksamts, der IHK und anderen Institutionen vertreten sind.

Für und Wider

Doch bundesweit sind Instrumente wie BID und BIG noch Experimentierfelder, teilweise umstritten und auch kritisiert. Funktioniert das, was im reichen Hamburg geht, auch in Berlin? Welchen Einfluss erhalten private Eigentümer auf den öffentlichen Raum – und welche Folgen hat das? Im besten Fall organisieren sich kleine Eigentümer untereinander und investieren in das eigene, unmittelbare Umfeld. Im schlimmsten Fall könnten große Eigentümer den öffentlichen Raum definieren und dominieren.

Denn, so meinen Kritiker, natürlich sei man in einem solchen Modell wegen der Kostenbeteiligung gerade auch auf die großen Partner angewiesen. Und da beiße sich die Katze in den Schwanz. Wie sollen beispielsweise die Geschäftsstraßen mit ihren Kleineigentümern mit den großen Centern konkurrieren, wenn man mit ihnen gleichzeitig kooperieren muss, weil sie die finanzstärksten Marktteilnehmer sind und damit den größten Anteil in den gemeinsamen Topf einzahlen können? Und was, wenn die Großbestimmer plötzlich dafür plädieren, dass es beispielsweise keine Bänke mehr auf dem öffentlichen Vorplatz geben soll, weil dort Trinker oder Obdachlose angeblich die zahlungskräftigen Kunden abschrecken?

Allerdings sei durch die gesetzlichen Kapazitätsgrenzen der Kostenbeteiligung – und somit der »Stimmrechte« – eine Dominierung zumindest eingeschränkt, meint Michael Henkel dazu.

Wie bei allen Feldversuchen werden nur die ersten Erfahrungen zeigen, ob das nach vorn oder hinten losgeht. Das BIG-Gesetz soll am 1. Januar 2015 in Kraft treten. us



Von der Bedürfnisanstalt zum Schnellrestaurant

Ein denkmalgeschützter Kiosk an der Seestraße erinnert an die 50er Jahre

Seit letztem Sommer werden die Weddinger an einem Kiosk der West-Berliner Wirtschaftswunderjahre an der Kreuzung Müller- und Seestraße mit dem Nationalgericht der Amerikaner – dem Hamburger – versorgt. Dabei verdankt das Schnellrestaurant mit dem Namen »Rebel Room« seine Existenz dem Berliner »Toilettenkönig« Hans Wall und dem zwischen ihm und dem Land Berlin abgeschlossenen Toilettenvertrag.

Die Geschichte des Verkaufstandes – unter dem sich eine heute verschlossene Toilettenanlage befindet – geht auf die 1910er Jahre zurück. Damals wurde auf der Mittelinsel der verkehrsreichsten Straßenkreuzung des Weddings eine für Berlin typische gusseiserne Bedürfnisanstalt für Männer errichtet. Die hatte in den 40 Jahre ihres Daseins nicht nur die Bombennächte, sondern auch die Straßenkämpfe zum Ende des zweiten Weltkrieges weitgehend schadlos überstanden. Zu Anfang der fünfziger Jahre musste das Pissoir jedoch bahnbrechenden Plänen weichen: dem Bau der U-Bahn nach Tegel sowie der beabsichtigten Stadtautobahn, die als Betonbrückenkonstruktion über die Kreuzung hinweg geführt werden sollte.

Einen Ersatzstandort fanden die Planer an der Seestraße auf dem Gelände des Friedhofs neben dem Eingangsgebäude. Im Jahr 1955 wurde wenige hundert Meter vom bisherigen Standort entfernt eine unterirdische Toilette angelegt und zur Akzentuierung und zur besseren Wahrnehmung mit einem kleinen oberirdischen Kiosk geschmückt.

Während zeitgleich errichtete Bauten der Wirtschaftswunderjahre wie z. B. der berühmte Eingang zum U-Bahnhof »Kurfürstendamm« mit dem Ausguck für Verkehrspolizisten von renommierten Architekten wie Werner Düttmann ausgeführt wurden, erledigte diesen Job im Wedding wohl das Stadtplanungsamt. Wegen des Geländers an den Toiletentreppen, der geschwungenen Fassade, sowie des vorspringenden Daches steht der Kiosk in der Seestraße heute unter Denkmalschutz.

Die Berliner Stadtreinigung – für die Pflege öffentlicher Bedürfnisan-

stalten zuständig – hätte das stille Örtchen angesichts der hohen Reinigungskosten am liebsten zugeschüttet und dabei das darauf stehende Gebäude gleich mit abgerissen. Ihr war seit der Öffnung der Mauer das Budget zur Reinigung öffentlicher Toiletten von 15 Millionen Euro auf Null gesetzt worden. Das Land Berlin hatte nämlich das Aufstellen von sich selbst reinigenden Toilettenhäuschen in den 1990er Jahren an die Firma Wall übertragen, zum Ausgleich erhielt Wall das Recht zur Errichtung von modernen, beleuchteten Werbeflächen übertragen. Im einem der sogenannten Toilettenverträge verpflichtete sich Wall auch zur Instandsetzung von vorhandenen öffentlichen Toiletten. Im Falle der Toilette an der Seestraße entschied sich der Toilettenkönig, das Bauwerk zu schließen und als Ersatz eine seiner standardisierten City-Toiletten an der Straßenbahnhaltestelle Seestraße aufzustellen. Das rettete den Kiosk aus den 1950ern.

Anstelle eines Hinweises auf »Damen und Herren« findet sich heute auf dessen Dach der Schriftzug »Rebel Room«. Anders als man es vermuten möchte, bezieht sich der Name nicht auf rebellierende Weddinger Arbeiter der 1920er und 30er Jahre. Die Idee zum Vertrieb des amerikanischen Nationalgerichts an diesem Standort kam dem Pächter beim Anblick des Kioskes mit seiner geschwungenen Fassade und seinem vorspringenden Dach. Als Barkeeper und leidenschaftlicher Kenner der amerikanischen Ess- und Musikkultur fühlte er sich an das erste Schnellrestaurant von McDonald's aus dem Jahre 1948 erinnert. Der Name aber geht auf den Veranstaltungsort »Rebel Room« in Memphis (USA) zurück, in dem in den frühen 1960ern legendäre Konzertaufnahmen entstanden.

Wenn heute die Gäste dieser Einrichtung ein stilles Örtchen aufsuchen möchten – kein Problem! Die den Verkaufstand auf beiden Seiten flankierenden ehemaligen Telefonzellen aus dem 1950er Jahren sind so geräumig, dass der Imbissbetreiber in einer davon seine Gästetoilette unterbringen konnte.

Eberhard Elfert



Radwegsanierung Seestraße

Scharfe Kritik der Stadtteilvertretung

Die Sanierung der Radwege im westlichen Abschnitt der Seestraße zwischen Müller- und Amrumer/Afrikanische Straße stößt auf deutliche Kritik bei der Stadtteilvertretung menschl.müller. Das Gremium der Bürgerbeteiligung im Sanierungsgebiet wurde nicht informiert, obwohl sich ein Teilabschnitt auf dem Gebiet des Aktiven Zentrum Müllerstraße befindet.

Die Radwege sind an der Seestraße 1,60 Meter breit und liegen damit nur geringfügig über der vorgeschriebenen Mindestbreite von 1,50 Meter. Sie verlaufen auf dem Bürgersteig, sind aber zumeist durch Hecken vom Gehweg getrennt. Die Hecken treiben im Sommer jedoch naturgemäß aus und beschränken dadurch den Raum für den recht intensiven Radverkehr deutlich. Durch die Hecken sind die Radfahrer zudem daran gehindert, in Gefahrensituationen kurzfristig auf den Gehweg auszuweichen. Sie beschränken auch drastisch die Sicht auf den Fußgängerbereich, so dass es zu Gefahrenmomenten kommt, wenn Passanten plötzlich hinter der Hecke den Radweg betreten. Kritisch wird es auch, wenn aus parkenden Autos plötzlich Beifahrer steigen und nicht auf den Fahrradverkehr achten.

Die Stadtteilvertretung hält die aktuelle Gestaltung für unfallträchtig und deshalb nicht hinnehmbar.

Die Sanierung der Radwege wurde vom Bezirk Mitte geplant und aus Mitteln der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt finanziert. Offenbar wurde bei der Umsetzung zwischendurch nachgebessert. Denn zunächst wurden die Baumscheiben an

den zwischen Radweg und Fahrbahn angepflanzten Straßenbäumen verbreitert, sodass der ohnehin schmale Radweg an diesen Stellen noch enger wurde. Nachträglich wurden dann diese neu gewonnenen Flächen der Baumscheiben wieder zuasphaltiert. Nach der Kritik der Stadtteilvertretung wurden an einigen Stellen Poller errichtet: Da nämlich, wo auf der Fahrbahn ein absolutes Halteverbot gilt, in dessen Folge PKWs oft illegal schräg auf dem Radweg parken und ihn somit vollends blockieren.

»Dass die Bäume teilweise größere Baumscheiben benötigen, ist nachvollziehbar. Nur hätte der Radweg dann entsprechend in den Grünstreifen, der Fuß- und Radweg trennt, verlegt werden müssen«, kritisiert die Stadtteilvertretung.

»Mit einer derartigen Gestaltung des Verkehrsweges wird man dem Fahrrad als Mobilitätsträger nicht gerecht«, heißt es in der Erklärung der Stadtteilvertretung. »Der Fahrradverkehr beträgt am Verkehrsaufkommen in Berlin zurzeit etwa 15%. Der Senat will laut Mobilitätskonzept den Radverkehrsanteil auf 20% steigern. Die Erneuerungsmaßnahmen in der Seestraße wirken abschreckend. Hier zeigt sich, dass die Verwaltung das Fahrrad eher abschätzig beurteilt und nicht als vollwertiges Verkehrsmittel ansieht. Baumaßnahmen mit derartigen Mängeln laufen den Zielsetzungen der neuen Radverkehrsstrategie des Berliner Senats diametral entgegen und lassen Bürgerinnen und Bürger an dem ehrlichen Willen der Berliner Senatsverwaltung zum Ausbau des Radverkehrs erheblich zweifeln.«

Die Radwege an der westlichen Seestraße lassen an vielen Stellen in Gefahrensituationen kaum Ausweichmöglichkeiten zu. Der Radwege wurden jetzt vom Bezirk saniert, das Problem wurde dabei allerdings nicht behoben.

Vorsicht Kunst!

»Blaues Band« auf der Müllerstraße

Zwischen dem 11. und dem 30. Juni wird die Müllerstraße zu einer großen Open-Air-Galerie. Auf insgesamt 16 Plakatwänden im Format von 3,6 mal 2,6 Meter präsentieren 15 Künstlerinnen und Künstler der unterschiedlichsten Fach- und Stilrichtungen ihre Visionen zum Thema »Mein Wedding«. Sie verschaffen damit der Öffentlichkeit einen Einblick in die vielfältige und lebendige Kunstszene des Weddings. Ein blaues Band verbindet die Plakatwände miteinander und gibt der Kunstaktion ihren Namen.

Die Idee entstand beim regelmäßigen Händlerfrühstück in der Müllerstraße und wurde vom Vorstand der StandortGemeinschaft Müllerstraße entwickelt. Der wählte auch die 16 Motive aus über zwanzig auf einen Aufruf in dieser Zeitung hin eingereichten Arbeiten aus. Die Sondergenehmigungen für das Aufstellen der Plakatwände beantragte und besorgte das Geschäftsstraßenmanagement Müllerstraße. Die Maßnahme wird aus Mitteln des Programms Aktive Zentren gefördert. Die offizielle Eröffnung der Ausstellung erfolgt am Mittwoch, dem 11.06. um 11.06 Uhr auf dem Rathausplatz durch Bezirksbürgermeister Dr. Christian Hanke. cs

Informationen erhalten Sie auch auf der Website der StandortGemeinschaft Müllerstraße: www.muellerstrasse-wedding.de

Jetzt mit Betriebserlaubnis

Das Centre Français hat wieder einen Veranstaltungssaal

Eine besondere Hinterlassenschaft der Alliierten in Westberlin geht nach fast vierjährigem Moratorium wieder in Betrieb. Der prächtige Veranstaltungssaal des ehemaligen Kulturzentrums der französischen Alliierten in der Müllerstraße 74 entspricht jetzt den aktuellen Bauvorschriften für Veranstaltungsräume. Am 30. Mai wurde er in einer Veranstaltung des deutsch-französischen Projekts »Sich erinnern, Zukunft gestalten« zunächst inoffiziell in Betrieb genommen. Die offizielle Eröffnung wird im »Centre Français de Berlin« nach der Sommerpause am 11. und 12. September stattfinden, wenn auch die letzten, eher kosmetischen Arbeiten durchgeführt sind.

Der Saal verfügt über gut 200 Sitzplätze, eine Kinoleinwand, eine Bühne von 5 mal 10 Metern, einen großzügigen Backstagebereich und ein geradezu üppiges Foyer mit Garderobe, Goldfischbecken sowie geschwungener Treppe. Er ist daher für eine Vielfalt kultureller Veranstaltungen nutzbar. Klassische Kinofilme lassen sich hier allerdings nicht mehr zeigen, denn für den Einbau der neuen Lüftungsanlage mussten die alten 35mm-Projektoren entfernt werden. Wer den Saal für kulturelle Zwecke anmieten will, kann sich an das Centre Français wenden.

Das »Centre Culturel de Wedding« der französischen Alliierten wurde nach der Wende dem Bund übertragen, der es der gemeinnützigen »Centre Français Berlin gGmbH« überließ, dessen Gesellschafter der Verein Centre

d'Echanges Internationaux in Paris und die Berliner Stiftung SPI sind. Zwanzig Jahre lang, bis 2010, fanden hier regelmäßig Veranstaltungen statt – bis auffiel, dass für den Veranstaltungssaal keine Betriebsgenehmigung vorlag. Zwar war aus den Akten ersichtlich, dass der Bau vor seiner Eröffnung im Jahr 1961 vom Bauamt ordnungsgemäß abgenommen wurde, nach Hinweisen auf die Genehmigung fahndete man aber in allen möglichen Archiven vergeblich. Wahrscheinlich wurde sie niemals erteilt: Denn das wäre ein hoheitlicher Akt gewesen, den die Alliierten nicht akzeptierten – sie waren der Souverän in der geteilten Stadt unter völkerrechtlichem Besatzungsstatut. Sie durften sich keine formale Blößen geben, um ihre Sonderrechte im jeweils anderen Teil der Stadt nicht zu gefährden.

Die Anforderungen an eine Betriebserlaubnis von Veranstaltungsräumen haben sich seit den 60er Jahren jedoch geändert. Mit der finanziellen Unterstützung der Fondation Entente franco-allemande (FEFA), dem Bund, dem Französischen Parlament und der Stiftung Deutsche Klassenlotterie wurde jetzt der Veranstaltungssaal so umgebaut, dass er den aktuellen Richtlinien entspricht. cs

Centre Français de Berlin gGmbH
Müllerstr. 74, Tel: 030-4597 93 53
info@centre-francais.de
www.centre-francais.de



Fête de la Musique im Wedding

Im Centre Français findet am 21. Juni selbstverständlich wieder die Fête de la Musique statt, umsonst und draußen, wie üblich an diesem Tag: Um 16 Uhr beginnt die deutsch-französischen »Saltim'Band« mit französischen Chansons, um 16.45 Uhr folgt die polnische Ska-Band Vespa, um 17.45 Uhr das Berlin Boom Orchestra (Ska, Reggae), gegen 19.15 Uhr die Weddinger Kultband Beat Safari, ab ca. 20.30 Uhr schließt die Popband Partytour das Programm. Der Verein Français du Monde bietet zudem den ganzen Tag über Workshops für Kinder und Jugendliche an.

Auch im Kombibad Seestraße wird die Fête begangen: Caribbean Splash heißt es in der Seestraße 80, hier dauert das Fest mit Reggae und Calypso-Bands bis in die frühen Morgenstunden, denn in der Halle folgt sogleich die Fête de la Nuit.

Auf dem Nettelbeckplatz wird auch wieder gefeiert, von den »Humboldthainer Chor-Kids« um 16 Uhr bis zu »Whisky & Rhymes« um 21 Uhr. Die Höhepunkte bilden die »Combings« um 17.30 Uhr mit Folk-Musik, Kiki Sol Orient um 18.30 Uhr, sowie »Lari und die Pausenmusik« um 19.30 Uhr.

Contre le Rassisme: Festival in der Beuth-Hochschule

Der Allgemeine Studentenausschuss (Asta) der Beuth-Hochschule für Technik veranstaltet zwischen dem 10. und dem 13. Juni ein Festival gegen Rassismus. In der Hochschule wird es Fotoausstellungen, Diskussionsveranstaltungen und Filmvorführungen geben, dabei geht es um Themen wie Rassismus im Fußball oder die Asylpolitik der Europäischen Union. Eine Veranstaltung – am 13. Juni um 16 Uhr im Raum C20 – hat das Motto: Racial Profiling, Hände weg vom Wedding!

An diesem Freitag findet zwischen 15 und 22 Uhr das Hoffest statt – mit Konzerten, Kreativworkshops und Infoständen.





Informationen und Dokumentationen zum Aktiven Zentrum Müllerstraße sowie frühere Ausgaben dieser Zeitung finden Sie auf der Website: www.muellerstrasse-aktiv.de

- Veranstaltungsorte
- Müllerstraße
- Programmkulisse
- Aktives Stadtzentrum
- - Sanierungsgebietsgrenze

Adressen

Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Ordnung: Carsten Spallek
Müllerstraße 146/147, 13353 Berlin
(030) 90 18-446 00
baustadtrat@ba-mitte.berlin.de

Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Amtsleiterin: Frau Laduch, Zimmer 106
(030) 90 18-458 46
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de

Sanierungsverwaltungsstelle
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Sprechzeiten: dienstags, 9.00–12.00 Uhr,
donnerstags, 15.00–18.00 Uhr
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de
Gruppenleiter: Stephan Lange
(030) 90 18-436 32

Aktives Zentrum und Sanierungsgebiet Müllerstraße
Dr. Elke Pistorius (030) 9018 45779
elke.pistorius@ba-mitte.verwalt-berlin.de
René Plessow (030) 9018 45409
rene.plessow@ba-mitte.berlin.de
Claudia Jahns (030) 9018 45463
claudia.jahns@ba-mitte.berlin.de

Prozessmanagement
Jahn, Mack und Partner
Alt Moabit 73, 10555 Berlin
Karsten Scheffer, Nadine Fehlert
(030) 85 75 77 26
muellerstrasse@jahn-mack.de
www.jahn-mack.de

Geschäftsstraßenmanagement
Planergemeinschaft
Lietzenburger Straße 44, 10789 Berlin
(030) 88 59 14-0, (030) 88 59 14 32
Gabriele Isenberg-Holm
g.isenberg@planergemeinschaft.de
Winfried Pichierrri
w.pichierrri@planergemeinschaft.de
www.planergemeinschaft.de

Stadtteilvertretung Müllerstraße
Sprecher: Maria Breinfeld-Markowski,
Peter Arndt,
Karl-Heinz Schneider-Bodenbender
Vor-Ort-Büro Triftstraße 2
Sprechstunde: freitags, 13–15.00 Uhr
(030) 34 39 47 80 (AB), (0174) 701 35 94
menschmueller@stadtteilvertretung.de
www.stadtteilvertretung.de

StandortGemeinschaft Müllerstraße
c/o Steuerberatung bpw
Müllerstraße 138b, 13353 Berlin
info@muellerstrasse-wedding.de
www.muellerstrasse-wedding.de

Soziales Platzmanagement Leopoldplatz
Team Leo, Schumannstr. 5, 10117 Berlin
(030) 28 30 23 15
teamleo@gangway.de
Sanda Hubana (0157) 37 73 12 36
Axel Illesch (0172) 202 61 82

Runder Tisch Leopoldplatz
Kontakt: Heinz Nopper
Präventionsrat
Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin
(030) 90 18-325 70

Quartiersmanagement Pankstraße
Prinz-Eugen-Straße 1, 13347 Berlin
(030) 74 74 63 47
qm-pank@list-gmbh.de
www.pankstrasse-quartier.de

Quartiersmanagement Sparrplatz
Burgsdorfstraße 13 A, 13353 Berlin
(030) 46 60 61 90
qm-sparrplatz@list-gmbh.de
www.sparrplatz-quartier.de